

# Erklärung der G7-Finanzminister\*innen und -Notenbankgouverneur\*innen zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Washington, D.C., 20. April 2022

1. Wir, die G7-Finanzminister\*innen und -Notenbankgouverneur\*innen, sind am 20. April 2022 in Washington, D.C. zusammengekommen, um über Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, den tragischen Verlust von Menschenleben aufgrund dieses Krieges sowie über dessen globale wirtschaftliche Auswirkungen zu sprechen.
2. Uns verbindet unsere Entschlossenheit, Frieden und Stabilität wiederherzustellen und das Völkerrecht zu wahren, sowie unser unerschütterliches Bekenntnis zu internationaler Zusammenarbeit und Multilateralismus. Wir verurteilen Russlands unbegründeten und ungerechtfertigten Angriffskrieg gegen die Ukraine scharf, der einen offensichtlichen Verstoß gegen die grundlegenden Prinzipien der Souveränität, territorialen Integrität sowie des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Diese Verurteilung wird von 141 Ländern bei den Vereinten Nationen mitgetragen und wurde von den meisten G20-Mitgliedern heute Morgen bekräftigt. Russland muss sich der rechtsverbindlichen Anordnung des Internationalen Gerichtshofs unverzüglich beugen und den militärischen Angriff gegen die Ukraine, den es am 24. Februar 2022 begonnen hat, beenden. Des Weiteren fordern wir Russland dringend auf, seine Truppen und Ausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen vollständig abzuziehen. Wir schließen uns den Erklärungen unserer Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister\*innen vom 7. April 2022 an, in denen die entsetzlichen Gräueltaten der russischen Streitkräfte aufs Schärfste verurteilt werden.
3. Internationale Organisationen und multilaterale Foren sollten ihre Aktivitäten mit Russland nicht wie gewohnt weiterführen. Wir werden eng mit unseren Partner\*innen zusammenarbeiten, um auf der Grundlage gemeinsamer Interessen sowie der Regelungen und Bestimmungen der betreffenden Institutionen angemessen zu handeln. In diesem Sinne bedauern wir die Teilnahme Russlands an internationalen Foren wie den Treffen der G20, des Internationalen Währungsfonds

und der Weltbank in dieser Woche.

4. Im Beisein des ukrainischen Finanzministers Sergii Marchenko haben wir dem ukrainischen Volk und der ukrainischen Regierung unsere uneingeschränkte Unterstützung und aufrichtige Solidarität bekundet. Wir stehen weiterhin an der Seite der Ukraine. Auf der Grundlage der Erklärung der G7-Finanzminister\*innen vom 14. Februar 2022 haben wir zusammen mit der Völkergemeinschaft für das Jahr 2022 und darüber hinaus beträchtliche zusätzliche Unterstützung in Höhe von mehr als 24 Milliarden US-Dollar bereitgestellt und zugesagt, sowohl in finanzieller als auch in materieller Hinsicht. Dies kommt zu der seit 2014 bis 2021 geleisteten wirtschaftlichen Unterstützung hinzu, die sich auf über 60 Milliarden US-Dollar beläuft. Vor dem Hintergrund der anhaltenden brutalen russischen Aggression, des damit einhergehenden Leids der ukrainischen Bevölkerung und der weiteren Zerstörung des Landes selbst sind wir bereit, bei Bedarf noch mehr zu tun. Außerdem ist es unerlässlich, dass wir unsere Unterstützung für die Ukraine und ihre Nachbarländer weiterhin eng abstimmen. Wir begrüßen die Bereitstellung entscheidender, dringend benötigter finanzieller Unterstützung für die Ukraine durch die internationalen Finanzinstitutionen, darunter Internationaler Währungsfonds und Weltbank. Wir rufen alle Länder und internationalen Organisationen auf, sich unseren Anstrengungen anzuschließen, um eine angemessene Unterstützung der Ukraine bei der Deckung ihres unmittelbaren Bedarfs und beim Wiederaufbau ihrer Zukunft zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Einrichtung eines vom Internationalen Währungsfonds verwalteten Kontos für Geldgeber\*innen und die Ankündigung der Europäischen Union, einen Solidaritäts-Treuhandfonds für die Ukraine aufzulegen. Wir unterstützen das von der Weltbankgruppe für die Ukraine geschnürte Unterstützungspaket sowie das Resilienz-Paket der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.
5. Wir haben in enger Abstimmung und an der Seite anderer Partner\*innen gehandelt, um Russlands Kriegskosten zu erhöhen, indem wir es von der Weltwirtschaft isolieren. Wie aus der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 vom 7. April 2022 hervorgeht, werden wir weiterhin koordinierte Maßnahmen ergreifen, auch mit unseren Partner\*innen weltweit, um auf die anhaltende Eskalation zu reagieren und die Kosten dieses Krieges für Russland weiter zu erhöhen. Wir werden unseren koordinierten Druck so lange wie nötig aufrechterhalten und erhöhen und rufen weiterhin andere Länder auf, unsere Maßnahmen zu unterstützen.
6. Als unmittelbare Antwort auf seinen Einmarsch in die Ukraine haben wir Russland mit harten Sanktionen belegt und werden die infolgedessen ergriffenen wirtschaftlichen

und finanziellen Maßnahmen vollständig um- und durchsetzen. Unsere Sanktionen entfalten bereits die beabsichtigte massive Wirkung auf die russische Wirtschaft, die in diesem Jahr stark schrumpfen dürfte. Der russische Aktienmarkt hat mehr als ein Viertel seines Wertes eingebüßt und musste fast einen Monat lang geschlossen bleiben, Hunderte internationaler Unternehmen ziehen sich aus Russland zurück und Investitionen versiegen. Die Inflation in Russland ist gestiegen und russische Importe sinken, mit entsprechenden Nebenwirkungen für Russlands langfristige Wachstumsperspektiven. Wie stark die russische Wirtschaft dadurch auf lange Sicht getroffen wird, wird mit der Zeit noch deutlicher werden. Wir werden die Auswirkungen der Sanktionen weiter genau beobachten. Zudem werden wir weiterhin eng mit unseren Partner\*innen zusammenarbeiten, um unsere Sanktionen durchzusetzen und jeden Versuch, Sanktionen zu umgehen, zu unterlaufen oder anderweitig auszugleichen, zu verhindern.

7. Präsident Putin, seine Regierung und seine Unterstützer\*innen sowie das ihn unterstützende belarussische Regime tragen die volle Verantwortung für die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges. Wir haben unsere Sanktionen gezielt ausgerichtet, um Schäden für Drittstaaten und für die Weltwirtschaft so gering wie möglich zu halten. Wir haben wichtige Agrarerzeugnisse und den humanitären Grundbedarf von den Sanktionen ausgenommen, wodurch die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, Arzneimitteln und Medizinprodukten sichergestellt ist und Telekommunikationsdienstleistungen ermöglicht werden, um den Informationsfluss aufrechtzuerhalten.
8. Die multilaterale Taskforce *Russian Elites, Proxies, and Oligarchs (REPO)* hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie koordiniert und unterstützt unsere Maßnahmen zum Auffinden, Sicherstellen und unverzüglichen Sperren sowie, soweit angebracht und möglich, zur Beschlagnahme, Einziehung oder Konfiszierung der Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen derjenigen Personen und Einrichtungen, gegen die in Zusammenhang mit dem ungerechtfertigten und unbegründeten Einmarsch Russlands in die Ukraine Sanktionen verhängt wurden.
9. Alle G7-Volkswirtschaften haben konkrete Maßnahmen zur Reduzierung russischer Energielieferungen getroffen. Wir werden uns weiter eng miteinander abstimmen, um unsere Energiesicherheit zu erhöhen und eine stabile und nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Diese Krise verstärkt unsere Entschlossenheit, die Ziele des Pariser Abkommens und des Klimapakts von Glasgow zu erfüllen, auch indem wir die Reduzierung unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und die

Energiewende beschleunigen.

10. Wir sind fest entschlossen, keine zwischenstaatlichen Finanztransaktionen mit Russland zu tätigen, dazu zählt auch der freiwillige Handel mit Sonderziehungsrechten. Und wir rufen andere Länder auf, sich uns anzuschließen und die Möglichkeiten Russlands weiter einzuschränken, diesen unbegründeten und nicht zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Russland darf keine Finanzmittel von den internationalen Finanzinstitutionen, darunter Internationaler Währungsfonds und Weltbank, erhalten. Wir begrüßen die Entscheidung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, den Zugriff von Russland und Belarus auf ihre Mittel auszusetzen.
11. Gemeinsam mit unseren gleichgesinnten Partner\*innen sind wir weiterhin entschlossen, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verursachten wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Russlands skrupelloses Handeln führt zu erheblichen Steigerungen der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise und beeinträchtigt die Weltwirtschaft massiv zu einem Zeitpunkt, zu dem wir bereits vor den Herausforderungen einer uneinheitlichen wirtschaftlichen Erholung, erhöhter Inflationsraten und verringerten finanziellen Spielraums stehen. Der Krieg untergräbt unmittelbar die ukrainische Wirtschaft und Exportfähigkeit, insbesondere in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, er unterbricht wichtige Lieferketten und Verkehrsverbindungen und erschwert Russlands eigene Exporte. Je länger Russland und seine Unterstützer\*innen dafür sorgen, dass die Aggressionen anhalten, desto höher werden die weltwirtschaftlichen Kosten sein. Angesichts der erhöhten Schuldenstände nach der Pandemie werden die wirtschaftlichen Kosten der militärischen Aggressionen Russlands die schwachen Gesellschaftsgruppen in allen Volkswirtschaften und insbesondere die am meisten benachteiligten Länder unverhältnismäßig stark treffen. Höhere Lebensmittelpreise als Folge des Krieges führen zu zunehmender Ernährungsunsicherheit. Eine weitere Verschärfung der globalen Finanzlage könnte die finanziellen Anfälligkeiten verstärken, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern.
12. Wir bekunden unsere Solidarität mit all jenen weltweit, die die durch den Angriffskrieg von Präsident Putin gegen die Ukraine verursachten Kosten tragen müssen. Die Weltgemeinschaft hat hart daran gearbeitet, das globale finanzielle Sicherheitsnetz aufzubauen und zu erhalten. Wir unterstützen die Nutzung aller verfügbaren Instrumente zugunsten benachteiligter Länder, die unter einer Krise leiden müssen, die sie nicht verschuldet haben. Wie von unseren Staats- und Regierungschefs erbeten, werden wir mit unseren Partner\*innen zusammenarbeiten,

um den Auswirkungen der aktuellen Ernährungssicherheitskrise durch eine gemeinsame G7-Initiative entgegenzuwirken. Wir fordern die internationalen Finanzinstitutionen auf, die Unterstützung für Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Produktion dringend zu verstärken und die am meisten benachteiligten Länder zu unterstützen. Wir sind entschlossen, die Ernährungsunsicherheit zu bekämpfen, die Märkte offen zu halten und die Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft zu stärken, insbesondere auch Landwirtschafts- und Energiemärkte entsprechend den Klima- und Umweltschutzziele. Wir beobachten aufmerksam die Entwicklungen auf den globalen Finanzmärkten, inklusive der Rohstoffmärkte, die aufgrund der Unsicherheit durch den russischen Krieg gegen die Ukraine derzeit volatil sind. Wir werden weiter wachsam bleiben in Bezug auf globale wirtschaftliche Risiken und stehen bereit, gegebenenfalls gemeinsam zu handeln, um die Widerstandsfähigkeit zu fördern, die Finanzstabilität zu sichern und Übertragungseffekte einzudämmen.